

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Fernsdorf, Bernsdorf, Wästenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Rüssdorf, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. — Abgabe erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2spaltige Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 36.

Fernsprecher Nr. 151.

Freitag, den 13. Februar 1914.

Geschäftsstelle Bahnstraße 3.

41. Jahrgang

Freibank Hohenstein-Ernstthal.

Hohes Rindfleisch, Pfund 50 Pfg. und gekochtes Rindfleisch, Pfund 40 Pfg.

Tagesgeschichte.

Der deutsche Landwirtschaftskongress

Beschäftigte sich am Mittwoch mit der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und nahm nach einem Vortrage des Geheimrats Köhler, des berühmten Embryos des Seuchenerregers, einen Antrag an, die Regierung um reichere Mittel zur Bekämpfung der Seuche zu ersuchen, da das Löffersche Serum, mit dem die günstigsten Erfolge erzielt werden, zu teuer ist. Ein Liter dieses Serums kostet 100 Mk. Zur Frage der Baumwollversorgung wurde ein Antrag angenommen, wonach der im Etat des Reichslandwirtschaftsministeriums zum ersten Male eingestellte Fonds von 150 000 Mk. für die Förderung der Baumwollkultur in unseren Schutzgebieten im nächsten Etat auf 200 000 Mk. erhöht wird. Endlich beschloß man nach einem Referat des Landrats J. v. Ledebur die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung als den Interessen der Landwirtschaft entgegenstehend. Am heutigen Donnerstag werden die Beratungen fortgesetzt. — Auf dem Festmahle am Mittwoch abend, das im Hotel Adlon stattfand, hielt der Präsident v. Schwerin-König eine Rede, in der er die Zunahme des deutschen Außenhandels um eine weitere Milliarde (seit 21 Milliarden) hervorhob. Mit langer Sorge erfüllt es jedoch viele Volksgenossen, daß innere Feinde am Werk seien, alle großen Erzeugnisse der letzten 50 Jahre zu zerstören. Die ländliche Bevölkerung verlangt überall den unvermeidlich gewordenen Kampf gegen diese Feinde, und je entschiedener und wahrnehmbarer die Regierung diesen Kampf eröffnen und durchführe, desto mehr dürfte sie auf die lebhafteste Unterstützung der ländlichen Bevölkerung rechnen. Unter besonderer Betonung des deutschen Einheits- und Reichsgedankens und der ausdrücklichen Erklärung, daß zu dem Kampfe gegen den Umsturz alle deutschen Bundesstaaten diesseits wie jenseits des Rheins gleichermassen entschlossen seien, schloß der Redner mit einem Hoch auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und die freien Städte. Nach dem Grafen Schwerin ergriff der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Wort zu bedeutungsvollen Ausführungen.

Die Reichstagswahlwahl in Jerichow.

Die Reichstagswahlwahl in Jerichow, die am Dienstag stattfand, hat, wie wir schon in der gestrigen Nummer unseres Blattes mitteilten, eine Stichwahl zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Kandidaten nötig gemacht. Nach dem jetzt vorliegenden vorläufigen amtlichen Ergebnis erhielten Rittergutsbesitzer Schiele-Schollene (kons.) 12 089, Meißnermeister Robert Magdeburg (Wpt.) 6909 und Expedient Haupt-Magdeburg (Soz.) 12 667 Stimmen. Die Stichwahl findet am 20. Februar statt.

Die Zehn-Kommission des Reichstages wird am Dienstag zur Beratung des Fortschrittsantrages über die Regelung des militärischen Waffengebrauches zusammentreten. Die Behauptung, die Regierung verschulde die Verzögerung und verleihe überdies den Reichstag, indem sie keinen Vertreter in die Zehn-Kommission sende, ist grundlos. Der Reichskanzler

hat bereits zur Plenarberatung des Antrages erklären lassen, daß die Regierung bei Initiativanträgen des Reichstages sich gewöhnlich s-mäßig nicht vertreten lasse, und daß es sich bei dem vorliegenden Antrage überdies um Dinge handele, für die nicht die Befehlsgebung, sondern die kaiserliche Kommandogewalt zuständig sei.

Graf Koedern streckt den Reichsländern die Hand hin.

als er bei seinem ersten Auftreten in der elsass-lothringischen zweiten Kammer die Versicherung gab, daß er die Geschäfte des Staatssekretärs in den Angelegenheiten der Politik des Statthalters Grafen Wedel führen und sich von der Überzeugung leiten lassen werde, daß auch die Vertreter verschiedener Meinungen nur ein Ziel verfolgen: Das Beste Elsass-Lothringens und damit des Reiches. Am Parlament und der Bevölkerung der Reichsländer ist es nun, in die hingetretene Hand einzuschlagen und gemeinsam mit der Regierung zum Wohle des Landes zu arbeiten. Zur Verurteilung der Gemüter konnte auch die bestimmte Erklärung beitragen, daß die Politik des Statthalters in Berlin nicht Schiffsbruch gelitten habe, und daß gegenseitige Behauptungen „alsch“ seien. Das erste Auftreten der neuen Regierung hat sehr sympathisch berührt. Gleichwohl bleibt es abzuwarten, ob das erwünschte Einvernehmen erzielt werden wird. Soeben kaufte in Kolmar ein Elässer dem Kellner die Platte eines Grammophons ab, auf der das „Heil dir im Siegerkranz“ gespielt worden war, zerbrach sie und warf die Scherben mit den Worten ins Zimmer: „Da haßt Ihr Eure Nationalhymne!“

König Ludwig und die Arbeitslosen.

König Ludwig von Bayern spendete aus Stiftungsmitteln 100 000 Mark für die von der Münchener Stadtverwaltung eingeleitete Sammlung zugunsten der Arbeitslosen.

Die 45 Millionen deutsche Staatsanleihe haben gleich den kurz vorher begebenen 600 Millionen preussischen Schatzanweisungen eine sehr starke Ueberzeichnung erfahren. Außer der Kolonialanleihe tritt jetzt Hamburg mit einer 85 Millionen Anleihe an den Geldmarkt heran. Eine neue 4,5prozentige Ungarische Anleihe von 500 Millionen wird zum großen Teil an den deutschen Geldmarkt kommen. Gleichzeitig werden gewaltige Ansprüche an den französischen und englischen Geldmarkt gestellt infolge der türkischen, serbischen und griechischen Emissionen. Der Kapitalbedarf des österreichischen Staates stellt für die nächste Zeit eine besonders hohe Anleihe in Aussicht. Dazu kommen für das Reich die endlosen städtischen Anleihen im Gesamtbetrag von mehr als hundert Millionen Mark. Die augenblickliche Geldflüssigkeit, der Reichsbankzinsfuß beträgt gegenwärtig nur vier Prozent, wird also auf eine möglichst harte Probe gestellt, und es ist fraglich, ob sie der an die Dauer wird widerstehen können.

Demonstrationen der Sozialdemokraten in Teichsen.

Die Sozialdemokraten in Teichsen (Elbe) veranstalteten anlässlich des Begräbnisses des von dem Berliner Agenten Keiling erschossenen streitenden Buchdruckers Solinger eine Massendemonstration, an der 5000 Arbeiter teilnahmen.

Namens der reichsdeutschen Buchdrucker sprach Steinbrück-Dresden. Da Ausstellungen befristet wurden, war die Gendarmerie und die Polizei verstärkt worden.

Die schwedische Krise.

König Gustaf von Schweden hat in dem Streit um die Rüstungsfrage gesiegt, er hat die Entlassung des Ministeriums Staaff angenommen, die Aufgabe des neuen Ministerpräsidenten de Geer ist es, die beabsichtigten Rüstungen durchzuführen. Wenn gesagt wird, der König habe den Schriftwechsel zwischen ihm und dem Ministerium Staaff, in dem er entschieden sein Recht des freien Entschlusses und der freien Meinungsäußerung vertritt, gegen die Bereinbarung mit dem Ministerium veröffentlicht, so bedeutet das nicht viel. Die Verhältnisse in Schweden hatten sich so zugespitzt, daß das Volk ein Anrecht darauf hatte, zu wissen, was zwischen dem früheren Ministerium und dem König verhandelt worden war.

Die englische Thronrede.

in der die Beziehungen des Königreichs zu allen Mächten als fortwährend freundschaftliche bezeichnet worden waren, wobei jedoch die herzlichen Beziehungen zu Frankreich besonders hervorgehoben wurden, hat einen günstigen Eindruck gemacht. Besondere Zustimmung haben die Ausführungen gefunden, daß das Einvernehmen Europas eine Bürgschaft für die Erhaltung des Balkanfriedens bilde und namentlich auch für die befriedigende Lösung der albanischen Frage.

Betriebs-einstellung in der englischen Baumwollindustrie.

Die Baumwollfabrikanten von Burnley haben beschloffen, ihre Spinnereien in Kürze auf vier Wochen zu schließen. Es werden davon rund 40 000 Arbeiter an 100 000 Werkstätten betroffen. Der Verlust an Löhnen wird auf 6 Millionen geschätzt. In den benachbarten Bezirken von Preston und Blackburn haben die Baumwollfabrikanten zwar einen Gesamtbeschluß nicht gefaßt, doch wird ein solcher zweifellos von seiten einer Reihe einzelner Spinnereien vorgenommen werden.

Bedenkliche Erregung in Tokio.

Bei den Krawallen, die in Tokio wegen der Marine-Versicherungssache, in die auch die deutsche Firma Siemens-Schuckert verwickelt ist, von erregten Volksmassen veranstaltet wurden, wurden 6 Personen schwer verletzt, 150 Personen sind verhaftet worden. Im Parlament war ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt worden, das jedoch abgelehnt wurde.

Deutscher Reichstag.

211. Sitzung vom 11. Februar.

Den Blay des Abgeordneten Groeber (Str.), der seinen 60. Geburtstag feiert, schmückt ein Blumenstrauß.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsanths des Innern (17. Beratungstag) wird beim Kapitel Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft fortgesetzt.

Abg. Baumann (Str.) wünscht in einer Resolution, im nächsten Etat eine Prämie auszuweisen für den Erfinder eines zuverlässigen, gut anwendbaren Mittels zur Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms.

Abg. Pasche (natl.) bekräftigt eine Resolution wegen Bereitstellung größerer Mittel zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung und Bekämpfung tierischer Schädlinge der Land- und forstwirtschaftlichen Kulturpflanzen, insbesondere der den Obst- und Weinbau gefährdenden Insekten. In der ganzen preussischen Verwaltung gibt es keinen einzigen Sachmann in diesen Dingen. Auch die anderen Einzelstaaten leisten in dieser Frage so gut wie nichts. Es müßten einige Sachverständige angestellt werden.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Beide Resolutionen bringen nichts Neues. In sachverständigen Kreisen erwartet man von der Aussetzung eines Preises nichts. Der französische Preis von 1878 in Höhe von 100 000 Mark ist bisher so wenig veräußert worden wie der 1908 vom preussischen Landwirtschaftsministerium ausgesetzte Preis von 2500 Mark. Es gibt eine Legion von Erfindern, die sich, ohne auf ein Preisausschreiben der Regierung zu warten, auf jede solche Frage stürzen in der Hoffnung, aus der praktischen Verwertbarkeit ihrer Erfindung einen finanziellen Erfolg herauszuschlagen. Ein Preisausschreiben macht nur Mühe und Kosten und hat keinen Erfolg. Das Thema der Resolution Pasche wurde schon 1910 ausführlich erörtert. Damals erklärte der Staatssekretär, daß für das, was das Reich tun könne, ausreichende Mittel zur Verfügung ständen, aber daß grundsätzlich den Landesregierungen die Arbeiten auf diesem Gebiet überlassen bleiben müßten, weil diese auch die erforderlichen Territorien haben. Dem Reich steht nur das Versuchsgelände in Dahlem und das rekultivirte Meiser-Gelände zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Forstverwaltung haben wir uns bemüht, von Reichsmitteln Nützliches zu schaffen in der gemeinsamen Organisation von Sammel- und Beobachtungsstellen. Das Reichsamt tut alles, was geschehen kann; so beschloß es den noch in diesem Monat in Rom tagenden Kongress, der einen internationalen Pflanzenschutzdienst erstrebt. (Beifall.)

Abg. Astor (Str.): Wir sind von den Erklärungen der Regierung nicht ganz befriedigt. Der Sauerwurm muß energisch bekämpft werden. Denn der Weinbau geht trotz seiner hervorragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung ständig zurück.

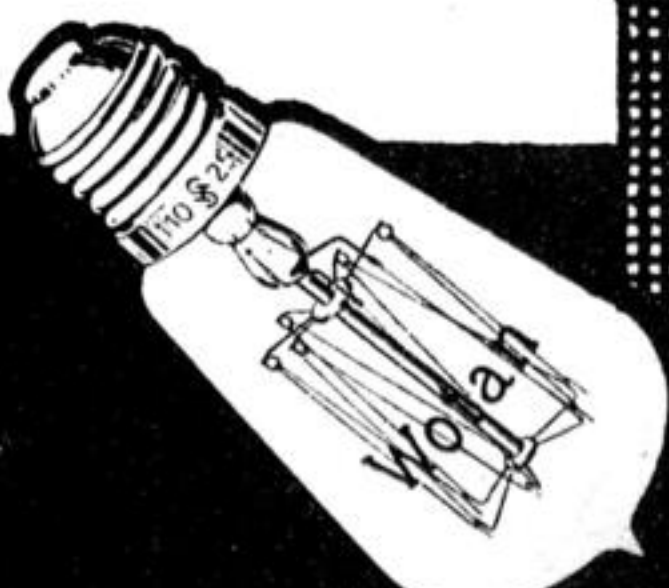
Abg. Sepp (natl.): Mit dem Antrag Pasche haben wir zuerst die Rebschädlinge im Auge. Wünschenswert sind auch Gesetze zur Bekämpfung der Viehkrankheiten, der Maulbrut und Ruhr. Die Viehzucht muß erhalten werden, um der Menschheit das Leben honiglich zu machen. (Beifall und Heiterkeit.) Ministerialdirektor v. Jonquieres teilt mit, daß ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Viehkrankheiten bereits der kommissarischen Beratung unterliegt. Es steht aber noch nicht fest, wann die Vorlage an den Reichstag kommt.

Abg. Dahlem (Str.): Die Einzelstaaten verweisen uns an das Reich, und das Reich verweist uns wieder an die Einzelstaaten. So kann es nicht weitergehen. Wo soll da das arme Weinbauvolk hinommen?

Abg. Pasche (natl.): Wir erkennen den guten Willen der Regierung an. Wohin kommen wir aber mit diesen ewigen Kompetenzkonflikten? Das Reich muß hier die Initiative ergreifen und die Einzelstaaten anhalten, daß sie ihre Schuldigkeit tun.

Die beiden Resolutionen werden angenommen.

Abg. Siebel (Soz.) führt beim Kapitel Patentamt aus, wir müssen die mittellosen Erfinder bei der Verwertung ihrer Gedanken unterstützen. Bisher mußten die Angestellten



Wotan

DRAHT-LAMPE

mit gezogenem Leuchtdraht

Bestelltes bei den
Elektrizitätsw. Meißner
und Kraftwerksverwaltungen